

Es ist Wahlkampf!!!!

Herr Günther möchte gewählt werden, Herr Albig auch, Herr Stegner sowieso, Herr Börner total gerne und Herr Schlie ziemlich sicher. Natürlich werden dafür Stimmen gebraucht, unsere Stimmen, und genau da wird sich jetzt ins Zeug gelegt. Ausbau der Windenergie in Schleswig- Holstein hat es in den Wahlkampf geschafft und somit ist die Märchenstunde eröffnet. Alle wollen jetzt mit den Bürgerinnen und Bürgern reden, toll ist auch noch, wenn diese betroffen sind, denn betroffen sind wir doch irgendwie alle, klingt total toll: Wir sind betroffen! Politikerinnen und Politiker sind jetzt überall im Land zu Gast oder laden ein, weil sie jetzt sprechen und vor allem zeigen wollen, daß sie total offen sind und verstehen, und es hagelt überall offene Ohren. An allen Ecken und Enden wird zugehört und „daran“(woran auch immer) gearbeitet und selbstverständlich lügt die Gegenseite immer. Überall gibt es Dialoge mit dem Volk und Volkes Stimme soll wieder gehört werden im Lande. Also, liebe Leute, dann hören wir mal rein in das Kuddelmuddel:

Ralf Stegner ist einer von den „zu Gast sein“-Leuten, den haben wir in Geesthacht gehört, und jetzt lesen wir noch ein Interview vom 24.2.2017 und reiben uns verwundert die Augen:

*Die Landesregierung hat nach dem Urteil des OVG Schleswig im Frühjahr 2015 Wege aufgezeigt, wie die Verantwortung für die Sicherung der Energiewende, für die Menschen und die Natur gelingen kann. Dies geht nur mit sorgfältiger und verlässlicher Planung nach transparenten und objektiven Kriterien und mit breiter Öffentlichkeitsbeteiligung. Die objektiven Kriterien sind der Kern; keine Planzahlen, sondern objektive Kriterien leiten den Ausbau. Objektive Kriterien, auf die sich alle im Land beziehen und verlassen können. Objektive Kriterien, die eine Energiewende gemeinsam mit den Menschen ermöglicht.*

Wir wissen doch genau, daß die Planung weder sorgfältig noch verlässlich war, die ist nämlich furchtbar nach hinten losgelassen, weil die Landesregierung die kompetenten Stellen im Land „entlastet“ und die Planung an sich gerissen hat, mit unausgegorenen Ergebnissen. Da blieben schon mal ein FFH-Gebiet , ein Naturpark und diverse Denkmäler auf der Strecke. Konnte auch nicht verlangt werden, woher sollte die Planungsbehörde das auch wissen, wie es im Land aussieht. Als Folge müssen jetzt Privatleute, Gemeinden und Amtsverwaltungen en masse teure Gutachten aus Steuergeldern in Auftrag geben, die alle belegen, dass die Landesplanung weder sorgfältig noch verlässlich gearbeitet hat, denn die so sorgfältig geplanten Abwägungsflächen werden eine nach der anderen gekippt. Herr Stegner wollte uns bei seinem „zuGastTermin“ das Ganze so verkaufen, dass die ganze Entlastungsgeschichte dem OVG-Urteil geschuldet war: Das Gericht hat doch die Landesregierung zu diesem Schritt getrieben, aber jetzt werden die Bürgerinnen und Bürger beteiligt: größtmögliche Transparenz. Er erzählt uns in seinem Interview auch, dass die Energiewende gemeinsam mit den Menschen ermöglicht wird, Moment mal: War es nicht Herr Albig, der uns notfalls dazu zwingen will? Klingt es nicht etwas gutsherrlich, wenn die Leute zu ihrem Glück gezwungen werden sollen, das Ganze aber total transparent und mit breiter Beteiligung abläuft? Die Bürgerinnen und Bürger dürfen sich an ihrer eigenen „Verhohnepiepelung“ beteiligen. Da werden auch Dialoge geführt, bei denen bloß dummerweise die Ziele der Landesregierung bereits feststehen, von denen auch niemand abweichen darf und wer nur daran denkt, ist ein Verräter an der guten Sache.

Herr Stegner redet in seinem Interview davon, dass die SPD die Verlängerung des Moratoriums für die Errichtung von Windenergieanlagen bis zum 30. September 2018 auf den Weg bringen will, es habe sich gezeigt, weder sei es zum Stillstand gekommen noch zum Wildwuchs. Jetzt nochmal zum allgemeinen Verständnis: Noch anderthalb Jahre lang werden Ausnahmen zugelassen und Windenergieanlagen genehmigt und errichtet, obwohl es noch kein fertiges Gesetz und keine VO gibt, da es sich ja mit den ganzen Ausnahmen um kein echtes Moratorium handelt. Die endgültigen Flächen stehen noch nicht fest, die Einspruchsmöglichkeiten über das Onlinetool laufen noch und dies ist dann kein Wildwuchs? Herr Stegner will uns hier ein T-Shirt als Norwegerpullover verkaufen.

Herr Stegner sagt, die CDU riskiert mit ihrer Planlosigkeit die Akzeptanz der Energiewende. Das kann sie gar nicht mehr tun, da Herr Albig und mit ihm Herr Stegner erfolgreich dafür gesorgt haben, dass diese Akzeptanz bei vielen Betroffenen verlorengegangen ist. Herr Albig hat bei einigen Regionalveranstaltungen den Betroffenen klargemacht, dass er sich für ihre Bedenken, ihre Probleme, ihre Fragen und Sorgen weder interessiert noch darüber mit ihnen sprechen wird, da er und seine Landesregierung seine Ziele zur Energiewende durchsetzen wird, zur Not auch gegen Denkmalschutz, Naturschutz und Bürgerwille.

Herr Peters (Grüne) und Herr Eichstädt (SPD) erschienen auf einer Regionalversammlung in Duvensee zu einer Podiumsdiskussion, bei der sie weder ihre eigenen Zahlen und Daten noch ihre eigenen Kriterien und Festlegungen kannten. Fataler Höhepunkt dieses Theaters war die Tatsache, dass ihnen dieses nicht einmal unangenehm war, sie stattdessen den Moderator der Veranstaltung persönlich angriffen. Da blieb es dem anwesenden Herrn Schlie überlassen, die Herren darauf hinzuweisen, dass die vom Publikum genannten Fakten der Wahrheit entsprachen. Herr Schlie musste also nichts weiter tun, als zu sagen, was Fakt ist, was ansonsten nie geschieht.

Eine ebensolche Steilvorlage ist der Schuss mit der Wohnbebauung in Büchen am Rande der geplanten Abwägungsfläche, den Herr Albig zielgerichtet in den Ofen gesetzt hat: Wohnungsbau wird bei der Konkurrenz notwendiger Flächen zwischen Wohnungsbau und Windkraft ausreichender Spielraum eingeräumt. Wie bitte soll das denn gehen bei 800 m Abstand zur Wohnbebauung und 400 m Abstand im Außenbereich, von denen nicht abgewichen wird? Da braucht kein Büchener einen Klaus Schlie, um zu merken, dass Herr Albig Unsinn redet, Herr Schlie muss nur seinen Fuß in diese Tür schieben, etwas nachhaken und Herr Albig landet unsanft auf dem Boden der Tatsachen. Wenn er dort großspurig Ausnahmen verspricht, werden sich alle Gemeinden, die Neubaugebiete ausweisen wollen, hinten an die Schlange stellen und um ein hartes Abwägungskriterium „Wohnbebauung“ bitten. Kurz gesagt, wenn Herr Albig, wie er bisher behauptet hat, überzeugt davon ist, dass betroffene Bürgerinnen und Bürger, die unter Lärm leiden, Angst um den Preisverfall ihrer Immobilien haben, Verschandelung der Landschaft befürchten usw., die sich vielleicht einfach nicht mitgenommen fühlen, Unsinn reden und Verräter an den energiepolitischen Zielen sind, dann muss er so konsequent sein und in Büchen wiederholen, was er auf vielen Veranstaltungen gesagt hat: Pech für Euch, ihr müsst eben in den sauren Apfel beißen, niemand zwingt euch nach Büchen zu ziehen, denn für die Energiewende, wie wir sie uns vorstellen, muss eben irgendwer immer Nachteile in Kauf nehmen. In dem Moment, in dem er das nicht tun kann, macht er sich

unglaublich und zum idealen Tanzbären, den Herr Schlie gemeinsam mit Herrn Günther am Nasenring durch die Manege führen und einfach nur durch Aufzählung banaler Zahlen, Daten und Fakten der Lächerlichkeit preisgeben kann.

Die CDU braucht nicht viel zu tun, sie simulieren ein offenes Ohr und sprechen von größeren Abständen, obwohl in ihrem Parteiprogramm und in den Tiefen ihrer Partei andere Töne vorherrschen: Im Parteiprogramm ist bei den Abständen lediglich davon die Rede, zu Wohnsiedlungen höhere Abstände bei höheren Windanlagen vorzusehen, bis zu 1200 Metern bei geschlossenen Siedlungen. Das heißt nicht 1200 m Mindestabstand, da ist also auch Skepsis angesagt. Herr Schlie beruft sich neuerdings auf eine Studie aus dem Jahr 2013, die die Gesundheitsgefährdung durch Lärm zum Thema hat, bisher jedoch als nicht erwiesen abgetan wurde, jetzt plötzlich aus dem Hut gezaubert wird, als ob die Bürgerinitiativen im Land nicht schon seit über eineinhalb Jahren darauf hinweisen. Es ist halt Wahlkampf, da nimmt auch die CDU, was sie kriegen kann. Herr Günther hat den Bonus des Jungneuen, der wirklich total nett rüberkommt und dessen persönliche Meinung zum Thema Wind und den Nöten der Bürgerinnen und Bürger auch vielversprechend klingt, aber nicht wirklich etwas mit dem Parteiprogramm zu tun hat.

Es ist eigentlich so einfach, uns Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl zu geben, mitgenommen zu werden. Wir wollen nicht für unmündig und blöd gehalten werden ( wie von der SPD und den Grünen), wir wollen höflich behandelt werden und das Gefühl haben, daß jemand zuhört (wie Herr Günther das recht gut macht), wir möchten aber auch, daß jemand Hilfe anbietet und Möglichkeiten der Mitarbeit aufzeigt (wie die Piraten es wunderbar zeigen), wir wollen verstehen, was warum passiert, damit wir mündig entscheiden können, wie wir das beurteilen und vor allem wollen wir nicht vom Oberboss gezwungen werden, diese Zeiten sind glücklicherweise vorbei. KJ